

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 23. Juli 1925

Nummer 87

Heraus gegen Zollwucher und Steuerraub

Massen heraus am Freitag, den 24. Juli, nachmittags halb sechs, auf den Wiener Platz!

Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens!

Erst bei Annahme der Zollvorlage der monarchistischen Kauter-Regierung durch den Reichstag vor nunmehr 4 Wochen unterbreitete die Zentrale der Kommunistischen Partei dem Bundesvorstand in offener Anfrage den folgenden Vorschlag zu einem

Antizipationsprogramm gegen den Zollwucher

- Die Vorschläge der KPD lauteten:
1. In der Zeit der Beratung der Zollvorlage Massen-demonstrationen und intensive Propaganda gegen die Zollpläne in ganz Deutschland, zugleich förmliche parlamentarische Obstruktion, auch gegen die Landesregierungen, die die Zollvorlage unterstützen.
 2. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung es trotzdem wagen, die Zollvorlage durchzusetzen, dann Volkseinstellung gegen die Zoll-gesetze. Unter dem Druck des ADGB, mühte auch die durch ihre Koalitionspolitik an die Bourgeoisie gekettete SPD, dafür einzutreten. Das zur Einleitung eines Volkseinstehens notwendige Drittel der Abgeordneten wäre ohne Schwierigkeit gesichert.
 3. Wenn die Regierung durch irgendwelche Gewaltmittel den Volkseinstehens zu verhindern, zu beeinflussen oder sein Ergebnis zu ignorieren versucht, dann Einleitung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels des Demonstrationstreifs

Einleitung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels des Demonstrationstreifs

der mit den anderen ebenso dringenden proletarischen Forderungen: Achtundzigtage, Amnestie, Aufhebung der Lohn- und Mietssteuer, Entlassung der monarchistischen Reaktion zu verbinden wäre.

Trotz der kühnsten Forderungen der Zollwucherer, der Kauter-Regierung und der Kapitalisten gegen die Arbeitslosigkeit hatte der ADGB, auf diesen Vorschlag der KPD, nicht geantwortet.

Jetzt erließ die Berliner Gewerkschaftskommission und geht in der „Dresdner Volkszeitung“ der

Ortsansatz Dresden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, A.G.B. und Ortsstelle Dresden, SPD, Ostschlesien

den Aufruf an das werktätige Volk zum Aufmarsch gegen die Arbeitslosigkeit

am Freitag, 1/2 Uhr, auf dem Wiener Platz

Wir Kommunisten haben uns in Sachsen mehrere Male an die SPD, und das Gewerkschaftsamt gewandt und gemeinsame Kundgebungen vorgeschlagen. Wir werden jede vernünftige Maßnahme gegen den Zollwucher mit aller Kraft unterstützen.

Wir führen von Anfang an den konsequentesten Kampf gegen alle Zölle und gegen jedes Zollkompromiß. Wir erheben deswegen den entscheidenden Protest dagegen, daß die Gewerkschaften zwar mit der SPD, eine gemeinsame Demonstration verabredeten, sich aber mit keinem Wort an die Kommunistische Partei in

dieser Lebensfrage der deutschen Arbeiterklasse wandten, um eine einheitliche Demonstration zustande zu bringen. Wir fragen den Ortsauschuß der Gewerkschaften im Namen der kommunistisch organisierten Gewerkschaftler:

Warum wendet ihr euch nicht an die KPD?

Wenn ihr wirklich den Kampf gegen den Zollwucher, den Kampf um ein Stückchen Brot wollt, weshalb zerschert ihr die Front der Arbeiter?

Weshalb schließt ihr die revolutionären, kampfbereiten Arbeiter aus?

Wir Kommunisten wünschten schon vor einem Monat die Demonstrationen.

Jeder Arbeiter muß sich darüber empören, daß man ihm nicht einmal das tägliche Stück Brot durch gemeinsames Vorgehen sichern will. Weil wir Kommunisten jedoch niemals zögern werden, für jede, auch die kleinste Forderung der Arbeiterklasse einzutreten, so zögern wir auch jetzt nicht, wo es um zwei für die gesamte Arbeiterschaft so bedeutende Fragen, wie die

Abwehr des Zollwuchers und die Erringung der Volkamnestie geht, auch unsererseits die Arbeiterschaft zur reiflichen Beteiligung an der Demonstration auf dem Wiener Platz aufzurufen.

Zwar hat uns unsere heute morgen logisch erfolgte telefonische Bereitschaftserklärung zur Teilnahme an der Kundgebung der Sekretär des Ortsauschusses erklärt, daß es zu neuen Verhandlungen zu spät sei. Wir begrüßen jedoch diesen ersten Schritt, der den Regierenden besser als das Geschwätz im Parlament zeigt, daß die Massen nicht schweigend verhandeln wollen.

Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter Dresdens den Willen der KPD, zur Einheitsfront freudig begrüßen werden.

Dem ersten Schritt müssen die nächsten folgen, die allein die Durchsetzung des Zollkompromisses unmöglich machen!

Volkseinstellung gegen die Zollgesetze. Für die Volkamnestie!

Kampf mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bis zur Befreiung dieser Monarchistenregierung des Brotwuchers, der Amnestie für Ostschlesien und der Justizhäuser für Proletarier!

Gegen alle industriellen und Lebensmittelzölle!

Gegen die drohende Mietssteigerung!

Für Aufhebung aller Lohn- und Mietssteuern, für die Befreiung der Bekleideten!

Für die Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen!

Für den Sturz der monarchistischen Kauter-Regierung!

Kommunistische Partei, Bez. Ostschlesien

Rundgebung des ADGB in Berlin

Der Ortsauschuß Berlin des ADGB, und der Bezirksverband der SPD, Groß-Berlins haben sich unter dem Druck der Arbeiterschaft gezwungen gesehen, am Freitagabend eine öffentliche Kundgebung im Lustgarten gegen die vor dem Abschluß stehenden Zollwucherpläne einzuberufen. Die Tagespresse ist darüber, daß die Massen den belästigenden Einflüssen der SPD, und ADGB, Führer zu entgleiten beginnen, aus höchster Erdoft. Die deutschnationalen „Kreuzzeitung“ ruft den sozialdemokratischen Volkspräsidenten Erzkrüsi zur Pflicht und fordert die Schutzpolizei auf, „rechtzeitig Maßnahmen zur Sicherung des freien Verkehrs zu treffen.“ Der Volksblock Bundesgenosse, das Zentrum, das bereits allen Anschlägen der Reaktion gegen die arbeitende Bevölkerung nachgegeben hat, erklärt sich ebenfalls bei dieser Gelegenheit. Die „Germania“ zeteriert über die Demonstration und meint, „diese Art des Kampfes gegen die Schutzzölle ist am wenigsten geeignet, eine sachliche, den Interessen der Gesamtheit dienende Lösung der Frage herbeizuführen.“ Sie erinnert die SPD, an ihre Pflichten und sonstigen Gewohnheiten und hält den „Plan einer Straßendemonstration gegen Parlamentsbeschlüsse oder Parlamentsverhandlungen für einen bösen Rückfall in alte Methoden, die im Zeichen des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems wenigstens am Platze sind, denn ja.“

Die KPD, hat sofort dem ADGB, ihre Bereitschaft erklärt, ebenfalls zur Demonstration im Lustgarten aufzurufen und eigene Redner zu stellen. ADGB, und SPD, fürchten natürlich, sich dadurch vor der Bourgeoisie noch mehr zu kompromittieren und haben den Vorsitz der KPD, trotzdem er sofort nach Bekanntwerden des Demonstrationsplanes im „Vorwärts“ gestellt wurde, als ein Gebot zu spät eingelangt, abgelehnt. Die kommunistische Arbeitermassen Berlins werden sich selbstverständlich durch eine derartige Sabotage der Einheit der Arbeiterschaft vor der die ADGB-Führer selbst in diesem für das deutsche Proletariat entscheidenden Augenblick nicht zurückziehen lassen. Die einheitsliche und geschlossene Kampfdemonstration nicht abhalten lassen.

Die KPD für die Einheitsfront der Arbeiter

Berlin. Trotzdem der Ortsauschuß Berlin des ADGB, die einheitsliche Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft gegen den Willkür des hungerlohnpläne aus allen Kräften sabotiert, hat die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD, die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins ebenfalls auf Freitag 6 Uhr zur Massenversammlung im Lustgarten aufgerufen. In dem am Mittwoch früh in der „Köten Jahne“ erschienenen Aufruf wird eindringlich betont, daß die Kommunisten jede vernünftige Maßnahme gegen den Zollwucher begrüßen und sie mit ganzer Kraft unterstützen werden. Auf die erste Frage der KPD, warum die Gewerkschaftskommission und die SPD, sich nicht an die kommunistische Partei mit der Aufforderung zu aktiver Beteiligung gewandt haben, wird im Abend-„Vorwärts“ vom Mittwoch in einer Weise geantwortet, die jedem Arbeiter zeigen muß, daß die Vereitelung eines einheitslichen Kampfes wirklich nicht Schuld der Kommunisten ist. ADGB, und SPD, wissen nicht mit einem einzigen vernünftigen Grund auf die Anfrage zu antworten, warum man die KPD, nicht rechtzeitig von der geplanten Aktion unterrichtet hat. Ihre Antwort besteht aus leeren Ausflüchten, verbunden mit ganz nichtbeträchtlichen Drohungen. Nach einigen Rednerausreden, die im gegenwärtigen Augenblick Einigkeit und Geschlossenheit ausruft, heißt es in der Entgegnung:

„Wenn die kommunistische Partei, nachdem sie als Partei der „Klittern“ die Stunde verpaßt hat, die Arbeiter rechtzeitig aufzurufen, jetzt ihre Anhänger zur Teilnahme an unserer Kundgebung aufruft, so wendet sie unsere nachstehende Warnung nicht gegen die formalistischen Arbeiter, sondern gegen die bezweifelnde, unverantwortliche Haltung der KPD.“ Wir warnen die kommunistischen Klassenkämpfer, daß von jeder unverantwortlichen Haltung, wie vorher schon in oft, mißbrauchen zu lassen.

Als Grund der Verzögerung bei unserer letzten Warnungen haben wir alle Vorwürfe getroffen, auch den Vorwurf der Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen, Komplex der kommunistischen Leitung darauf an, der Reaktion die geschlossene Macht des Proletariats zu zeigen, denn soll sie ablassen von ihren arbeiterschaftlichen Forderungen. Wenn sie aber die irreführenden kommunistischen Arbeiter aus politischen Gründen mißbrauchen will, so erklären wir ihnen, daß die kommunistische Leitung alle Folgen davon selbst zu verantworten hat.“

Wenn man bedenkt, daß der „Vorwärts“ in diesem Augenblick behauptet, daß den Anordnungen des Reichstages nicht

Die Arbeiter fordern wirklichen Kampf gegen die Zölle

Am 2. Juli, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern abend vom ADGB-Ortsauschuß einberufene Kundgebung unter freier Himmel gegen die Zölle war von vielen Tausenden besucht. Die Massen verlangten jedoch kürzlich weitergehende wirksame Aktionen und lehnten die von dem ADGB-Redner vorgelegte Resolution mit großer Mehrheit ab, weil sie keinerlei wirkliche Kampfaktionen ins Auge faßt. Dagegen fanden die kommunistischen Redner kühnste Zustimmung. Fast einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die die zweideutige Haltung der sozialdemokratischen Partei im Zoll- und Steuerkampf verurteilt und vom ADGB, Einleitung des Volkseinstehens und Mobilisierung zum Generalstreik verlangt, die sich ferner für die Befreiung der politischen Gefangenen und für das Schutz- und Zugbandnis mit Sowjetrußland einsetzt.

Amnestiekundgebung in Stuttgart

Wichtig bei Freilassung des Bundestagsgewaltigen Gnad, der als letzter Mann aus dem Reich der unglücklichsten Klassenjustiz entlassen wurde, um es zu einer massenhaften Demonstration für die Amnestie. Der Stuttgarter Volksrat wurde bei der Kundgebung im Gnad, sowie der Genossen Fuchsberger, Koller, Hoff und Kogger, die zu gleichem Zeit nach langwieriger Unterdrückung entlassen wurden, erschienenen

Massen nicht lassen. Ein tausendköpfiger Demonstrationzug bewegte sich dann durch die Straßen Stuttgarts.

Der Kampf der schlesischen Weber abgewürgt

SPD, als Unternehmerrhetorik. Dresden, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der sozialdemokratische Schlichter Philipp hat auf die Drohung der Unternehmer, 64 000 schlesische Weber auszusperrn, dafür gelobt, daß die zum Teil freientenden Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. In Spitzenlohn wurden 44 und 46 Pf. Stundenlohn je nach den einzelnen Bezirken „zugestanden“.

Schiedspruch in der Schmalwaren-Industrie

Hiesheim, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Streit der Arbeiter der Schmalwaren-Industrie ist folgender Schiedspruch gefällt worden: Epithemstundenlohn bis 31. Juli 66 Pf., ab 1. August 68 Pf., ab 1. September 69 Pf. Bisher wurden 60 Pf. Stundenlohn bezahlt. Am Donnerstag findet Urabstimmung über den Schiedspruch statt.

Noch ein Schiedspruch für die öffentliche Sicherheit

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Volkspolizeirat hat, wie angekündigt die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch den Konfliktstreit in Gefahr gekommen sein lassen, den Schlichter von Groß-Berlin, Willel, um einen Einigungsversuch gebeten. Willel wird diesem Ansuchen nachkommen.

Handwritten notes and small advertisements on the left margin, including names like 'Hader', 'Hörzelle', 'Opiz', and 'Schulung'.

Folge zu leisten ist und diese ungeheure Antwort auf die Einigungsbedingungen der SPD...

Die SPD erklärt, daß sie, wie jederzeit, die größten Kränkungen machen wird, um die einheitliche Front der Arbeiterfront gegen die Reaktion auch noch auch in jeder Weise zu wahren...

Organisierte Steuerlabotage der Kapitalisten

Angesichts der überaus zahlreichen Fälle von Steuerhinterziehung und organisierter Sabotage der Steuerzahlung seitens der Besitzenden wurden bei der Beratung der Besteuerungsregeln im Ausschuss des Reichstages von den Kommunisten scharfe Maßnahmen beantragt...

Unter den Angriffen der Kommunisten hat die Regierung noch in der ersten Lesung dem Ausschuss eine Uebersicht über die durch den Buchprüfungsdienst nachgewiesenen Hinterziehungen vorgelegt...

Ein Geschäftsführer einer Landbundorganisation, ehemaliger Regierungsrat, hatte zur Verweigerung legaler Steuerzahlungen und zum Widerstand gegen jede gewaltsame Steuerbeitreibung seitens der Landwirtschaft aufgefordert...

Ein Landwirt hatte durch die Zeitung aufgefordert, bei einer vom Finanzamt abgehaltenen Versteigerung nicht zu bieten...

Ein Rittergutsbesitzer hatte am Schluß einer Kreislandbundesversammlung aufgefordert, keine Steuern mehr zu zahlen...

Der Geschäftsführer einer Landbundorganisation wurde wegen der Aufforderung zum Steuerstreik zu 150 Mk. (anstelle 1 Monat Gefängnis) und 150 Mk. weiterer Geldstrafe verurteilt...

Von den 13 Fällen, wo wegen solcher Steuerlabotage eine Verurteilung erfolgte, wurde in 10 Fällen die Gefängnisstrafe von 1 oder 2 Monaten in Geldstrafe umgewandelt...

Kann man sich bei solchen Urteilsprüchen wundern, wenn die Steuerlabotage der Herren von Industrie und Landwirtschaft immer schlimmere Blüten treibt?

Den arbeitenden Massen füttert man diese Laffaden vor Augen, um ihnen daran zu zeigen: das ist der Charakter der Kapitalistenrepublik...

Die „Befreiung“ des Ruhrgebiets

Die Zeitungen sind voll von Meldungen über die „Befreiung“ des besetzten Gebiets. Die Sozialdemokraten, Sozialisten und anderen „Rechtsanwender“ (wenn's ihnen dreißig geht) triumphierten...

Das eine ist richtig, das andere falsch. Die Arbeiter, die westlichen Massen oder Arbeiter haben sich schon lange unabhängig gelöst...

Die SPD, die westlichen Massen oder Arbeiter haben sich schon lange unabhängig gelöst, haben sich schon lange unabhängig gelöst...

Die SPD, die westlichen Massen oder Arbeiter haben sich schon lange unabhängig gelöst, haben sich schon lange unabhängig gelöst...

Die SPD, die westlichen Massen oder Arbeiter haben sich schon lange unabhängig gelöst, haben sich schon lange unabhängig gelöst...

Gammelt Unterschriften für die Amnestie!

Die lächerliche Regierung gegen die Vollamnestie!

Im Reichsrat nimmt Geschie für den Amnestiebetrag der Reichsregierung!

Der Kampf um die Amnestie ist jetzt in sein entscheidendes Stadium getreten. Die von der Reichsregierung eingebrachte Amnestievorlage wird im Reichsrat verhandelt...

Die Reichsregierung dokumentiert damit aufs neue, daß sie längst in eine Front mit dem monarchistischen Staburbs-Kabinett eingeschwenkt ist.

An Stelle Amnestie neue Gefängniswärtern!

In Ludwigsbafen hat seit langen Monaten der Genosse Keu in Untersuchungshaft. Gegen die unbegründete Hinausschiebung seines Verfahrens und gegen die anderen Willkürakte der Justiz ist er in den Hungerstreik getreten...

Jetzt ist man dazu übergegangen, den Genossen Keu zwangsweise zu ernähren, man hat ihn deshalb ins Gefängnislager überführt. Der Staatsanwalt denkt aber nicht daran, trotz des äußerst bedenklichen Gesundheitszustandes des Genossen Keu, diesen aus der Haft zu entlassen...

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Klassenjustiz die Parteien der gefangenen Genossen durch alle möglichen Schliche und Ränke heigern will.

Es gibt deshalb, den Kampf für die Vollamnestie gleichzeitig zu einem Kampf gegen den barbarischen Strafgesetzbuch zu gestalten!

Die Emmingerische Justizmaschine in Tätigkeit

Der frühere verantwortliche Redakteur der „Hamburger Volkszeitung“ erhielt Anfang Mai einen Strafbefehl in der Höhe von 550 Mk. Geldstrafe oder zwei Monaten Gefängnis.

Die Justiz übt infolge der Emmingerischen Reformaktion dazu übergegangen, ohne jede Verhandlung und ohne jedes Anhören des Angeklagten einfach Strafen zu diktieren. Dieses Verfahren ist um so empörender, da der Strafbefehl wegen eines Artikels, den der Staatsanwalt Dr. Reuter im Urbahns-Prozess stark angegriffen, ergangen worden ist.

Es ist eine jämmerliche Methode der Klassenjustiz, sich der Verantwortung zu entziehen und eine Vergeltungsjustiz aufzuwerfen...

wurden, werden vorläufig nicht getäumt. Immerhin besteht die Möglichkeit der Räumung und die Stätter des Wäprenskonjens müssen bereits zu meiden, daß auch Düsseldorf und Duisburg die Freiheit winkt!

Woher kommt plötzlich diese „pazifistische“ Aktion, über die halbtags gejubelt wird? Sie ist nichts weniger als pazifistisch, sie zeigt nur eine taktische Schwächung, eine Umgruppierung...

1. Die Franzosen führen in Marokko einen „Verteidigungskrieg“ gegen die einheimischen Stämme und werden von den Truppen Abd el Krimms hart bedrängt. Es ist klar, daß der französische Prolet kein marokkanisches Vaterland „verteidigen“ muß...

2. Das Ruhrgebiet wurde besetzt, weil sich die deutsche und die französische Schwerindustrie nicht einig werden konnten über die Beilegungsfrage am deutsch-französischen Konflikt. Die Einigung ist jetzt erzielt, das europäische Eisenfortell ist gegründet...

3. Der Garantiepakt als politische Ergänzung des Dawespakts ist in Vorbereitung; Deutschland wird ihm beitreten und der Entente gestatten; Deutschland als Aufmarschgebiet für den Kampf gegen Rußland zu benutzen.

Warum soll also das Ruhrgebiet besetzt bleiben? Das verursacht Kosten, das bringt den „Verteidigungskrieg“ in Marokko wegen fehlender Truppen nicht zum „günstigen“ Abschluß...

Sie ist es nicht, sie ist „vernünftig“. Und damit die Arbeiter immer vernünftig bleiben und nicht etwa dem „vernünftigen“ Gedanken, daß kapitalistische Wirtschaft, ob unter französischer oder deutscher Hoheit ausgeübt, immer für die Arbeiterklasse schändlich oder schädlich ist, Ausdruck geben können...

Sie rückt auch bereits ein. Der Polizeipräsident von Gelsenkirchen gibt zum Trost der „vernünftigen“ Kapitalisten und ihrem Anhängel und zur Drohung für die „unvernünftigen“ Arbeiter bekannt, daß die veritene, die rufahrende, die verheiratete und die unverschämte Schupo sofort einzuziehen werden...

Die einen rufen ab, die andern an. Selbe schlichen „Ruhe und Ordnung“ und fetter Disziplin. Woraus für die Arbeiter ersichtlich ist, daß ihr Kampf, der Klassenkampf weitergeht und weitergeführt werden muß bis zum Sieg!

Wenn das Herz vor Sonne bebt!

Nach ein Beitrag zur Kriegsbete der SPD.

Die „Er nouvelle“, das ehemals pazifistische Organ des Proletariats, macht heute in jeder Beziehung gegen Abd el Krim, gegen die französischen Kommunisten, gegen Kautan. Ein Herr Louis Dambian schreibt dort:

„Kleine große, Vorkämpfer haben sich Karab und Kinnaka bombardiert. Das ist wohl eine Nachricht, die das Herz aller Arbeiter vor Sonne bebt, welche meinen, daß nur der Weltkrieg die Offensive der Rasse abbrechen kann.“

Die ehemals kriegsbegehrliche SPD-Press, die mit allen Kräften den Kampf gegen den „Kriegsbegehr“ erzwingen, die den neuen Weltkrieg gegen den russischen Arbeiterkampf will, müßt den überhöhten Versuch, den „Kriegsbegehr“ der „Er nouvelle“ zu retten mit dem Dummheit, Herr Dambian sei ein „Kriegsbegehr“...

Als ob nicht die reaktionären Artikel des Blattes von Dambian, die Artikel von Kautan und Senet ebenso blutige Zeugen wären.

dem Wege des Strafbefehls zu über, um unliebame Kräfte unerschöpflich zu machen!

Demonstration gegen die Gefängnisbarbareien!

Am Montag demonstrierte die kommunistische Jugend von 11 bis 12 Uhr vor dem Gefängnis in der Bonhardstraße. In der Untersuchungshaft. Jeder ein Jahr hält man diese gefangen in Untersuchungshaft. Jeder ein Jahr hält man diese gefangen in Untersuchungshaft...

Stuttgart sammelt 12000 Unterschriften für die Vollamnestie an einem einzigen Nachmittage!

In Württemberg, wo die Klassenjustiz am brutalsten gegen das revolutionäre Proletariat gewütet hat, ist auch der Kampf der Arbeiter für die restlose Befreiung aller proletarischen Gefangenen am härtesten.

Die Stuttgarter „Kette-Hilfe“-Organisation hatte am Samstagabend den 19. Juli eine allgemeine Hausgastation angestellt. In wenigen Stunden konnten rund 12000 Unterschriften allein in Stuttgart gesammelt werden.

In ganz Württemberg sind jetzt nahezu 40000 Unterschriften auf den Listen der „Kette-Hilfe“ gesammelt worden. Wenn man bedenkt, daß Württemberg bei der letzten Wahl rund 120000 Wähler für die SPD aufbrachte, so ist die Unterzeichnungs-kampagne ein Zeichen dafür, daß große Teile der Arbeiter aus ihrer Passivität erwacht sind...

Das Stuttgarter Ergebnis muß aber allen Orten und Bezirken ein neuer Ansporn sein, mit noch größerer Einnahme als bisher den Kampf für die Amnestie aufzunehmen.

Neue Niederurteile

Leipzig, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Vor dem Staatsgerichtshof fanden die Stuttgarter Arbeiterkämpferin Maria Greiner und Hedwig Häbig, letztere wird bereits seit 18 Monaten in Untersuchungshaft festgehalten. Die Genossinnen sollen Kurierdienste ausgeübt haben...

Es wird heute nur offenbar, welcher Schwindel der „pazifistische“ Linsbott war. Im September vorigen Jahres besaß Herrriest und der „Sozialist“ Paul Boncour in Genf um die Wette zum Krieg gegen Rußland. Die „Arbeiterregierung“ Macdonalds ließ Bomben abwerfen in Palästina, in Mesopotamien, in Iran, in Indien...

Es wird heute nur offenbar, welcher Schwindel der „pazifistische“ Linsbott war. Im September vorigen Jahres besaß Herrriest und der „Sozialist“ Paul Boncour in Genf um die Wette zum Krieg gegen Rußland...

Es wird heute nur offenbar, welcher Schwindel der „pazifistische“ Linsbott war. Im September vorigen Jahres besaß Herrriest und der „Sozialist“ Paul Boncour in Genf um die Wette zum Krieg gegen Rußland...

Ründigung der Eisenbahnerarbeit

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lohn-gemeinschaften der Eisenbahner haben beschlossen, den mit der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft abgeschlossenen Lohnvertrag am 31. August zu kündigen. Die Gemeinschaften verhandeln nun untereinander zwecks Ründigung des Tarifvertrages...

Legitarbeiterausperrung in England

London, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Arbeiter haben beschlossen, 250 000 Legitarbeiter auszusperren.

Neue englische Kriegsleistungen

Berlin, 23. Juli. (Telunion.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus London: Der Kampf um das neue Flottenprogramm hat eine überraschende Wendung genommen. Während bis jetzt die von dem Schatzkanzler Churchill geübte Sparpolitik im Kabinett beharrt, ist in der vierjährigen Kabinettsperiode eine politische Schwächung eingetreten...

Hilfsaktion der RSD für China

Wie an Amsterdam, hatte die RSD sich auch an die RSD der Generalratsinternationale in Moskau mit dem Antrag gewandt, eine allgemeine Hilfsaktion für die streikenden Arbeiter in China einzuleiten.

Während die Amsterdamer sich ausweichend und erst Er-läuterungen einlegen wollten, ist jetzt folgendes Telegramm aus Moskau bei der RSD eingegangen:

Kate Generalratsinternationale solidarisiert sich mit einer praktischen Initiative zur Hilfsaktion für streikende chinesische Arbeiter und appelliert an die gesamte gemeinschaftlich organisierte Arbeiterkraft, ihre Hilfe mit euren Maßnahmen zu verbinden, um einheitliche und starke Hilfe dem kämpfenden chinesischen Proletariat zu sichern.

Zur Lage in Marokko

Telunion meldet: Paris, 22. Juli. General Kautan hat Kautan verlassen, um sich nach Fez zu begeben. Über den Kampflage schreibt der Berichtsführer des „Temps“, es ist höchste Zeit, daß in dem Kampfgebiet Verstärkungen einströmen, da die Stämme in den militierten Gebieten von Fez bis zu Genua unruhiger werden. Nach dem amtlichen Kampfbericht hat sich der Feind in der Nähe von Marokko Kautan eingestellt. In der westlichen Zone ist es ruhig. In der östlichen Zone hat sich der Feind keine Streikkräfte in Tätigkeit zu setzen.



Was m...

Die Antwa... habe sie n... lach von es... Da hie es...

Dres...

Wir haben... merkwürdige... Ehrenamtlich... leinam... gebietet... Arbeiterkraft... Gedächtnis... Aber die... müßigen... Jetzt ist... erkinde... Wir können... Bete vom... für reichte... hakenkreuz... man als... mit anliegen... haben der... Krieger... der unermö... sich von der... 3. Gattungs... bald bietet... den... Toilette... Wenn die... erbenlich... hier vor... dort, daß... ihre Gesell... Lebens- und... Würdigung...

Gesellschaft

Am 17. d. M... zweiten öffentl... Verammlung der... Leiter der Deut... der Verammlung... die Anwesen... Die der Gesell... Daraus hieß... Generalsekretär... RSD, ein sojt... 3. Gattungs... Der Rektion... wegen der r... schenken der... am Verurteil...

Im J...

Im J... Proletarier... dort hielten... die für Arbeit... immer wieder... der Stabilität... deren, Wer in... hängigen Tuden... der Gesell... Kungen zu Legi... unge Leben... Als Kind ab... legt die Transp... In diesem... en dem er nur... über in Gedanke... ständigen Terr... wachsenden Ele... wickte... Sie ist nicht... hängig wiederhol... Die proletar... runder Körper... nicht mehr zu... Einziges Hilf... Schicks, Gerecht... ausgehen. We... die von dem... einen Wähler... Kautan... Kautan nicht... gegen Kautan... Die Maßnah... was kein Mann... die Gesell... was das Kind...

Was die deutschen Arbeiter in Leningrad gesehen haben.

Sechsstundentag in der Gummifabrik / Druckerlohn 25 Prozent höher als in Deutschland. Hebervertriebslöhne / Zweimonatiger Erziehungsurlaub / Die Macht der russischen Betriebsräte.

Inprekors. Moskau, 19. Juli. Die deutsche Arbeiter-Delegation trifft in Moskau erst Montag ein, unterdessen legt sie das eingehende Studium der Verhältnisse in den Leningrader Betrieben fort. Außer den Putilow-Werken, deren Besichtigung erst Sonnabend abgeschlossen wurde, besuchte die Delegation die elektrisch-mechanische Fabrik „Elektrosila“, eine Möbelfabrik, eine Wechsellagerfabrik „Krasny Trugolnik“, die Zigarettenfabrik „Nischni“, die Staatsdruckerei, eine Metallfabrik, ferner das Leningrader Büro der Metallarbeiter-Gewerkschaft, wo die Delegierten die Tätigkeit der Gewerkschaft kennen lernten.

Beim Besuch eines jeden Betriebes, der mehrere Stunden im Anspruch nahm, fragten die Delegierten über alle Einzelheiten. Über die Arbeitsverhältnisse, Lohn, Versicherung, Arbeitsdauer, Krankenkasse, Stand der Produktion, politische Rechte, Kulturarbeit, gewerkschaftliche Arbeit, Frauenarbeit usw.

In der Fabrik „Elektrosila“ fragten die Delegierten, wie die Profile des Betriebes verteilt werden und erfuhren, daß 25 Prozent dem Staatsfonds zugeführt, 10 Prozent für den Fonds zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter und die übrigen 65 Prozent zur Erweiterung der Produktion verwendet werden. Die Delegierten blieben es zuerst für einen Übersetzungsfehler, als sie erfuhren, daß die

Beschäftigten eine zweimonatigen Urlaub erhalten.

In der Möbelfabrik zeigten die Delegierten fest, daß die Qualität der Produktion nicht unter der Qualität der deutschen Produktion steht und daß der

Lohn der russischen Holzarbeiter der gleiche, teilweise höher, wie in Deutschland ist, bei billigeren Lebenshaltungskosten.

In der Wechsellagerfabrik zeigten die Delegierten fest, daß das administrative Personal, die Meister und der Fabrikdirektor usw., aus Arbeitern des Betriebes hervorgegangen sind und wunderten sich, daß

die Frauenarbeit gleich wie die Männerarbeit bezahlt wird.

Im Ambulatorium, den Klub usw.

In der Gummifabrik „Krasny Trugolnik“ erfuhren die Delegierten, daß infolge der gesundheitsschädlichen Produktion ein sechsstündiger Arbeitstag und ein Urlaub von einem

Monat für sämtliche 14.000 Arbeiter des Betriebes eingeführt wurden, wovon gegenwärtig 2000 auf Urlaub sind, auf dem Lande und in Kurorten. Der Arbeitslohn betrug 1913 40 Rubel, 1923 25 Rubel und

gegenwärtig beträgt der Lohn bereits 20 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit.

In der Staatsdruckerei zeigten die Delegierten fest, daß der

Durchschnittslohn um 25 Prozent höher ist als in Deutschland,

abgesehen von den materiellen Veranlassungen, die aus der russischen Arbeitsbeschaffung hervorgehen.

Eine Gruppe der Metallarbeiter-Mitglieder der deutschen Delegation schloß sich zum Besuche der Leningrader Metallwerke zusammen, wo sie die Produktions- und Arbeitsverhältnisse genau studierte. Nach Einsicht in die Lohnlisten und nach Unterhaltungen mit den Arbeitern stellte die Delegation fest, daß die Lohnverhältnisse bedeutend besser sind als in Deutschland.

Im Namen der Metallarbeiter-Mitglieder der deutschen Delegation verlas Er aus folgende Begrüßung:

„Als Delegierte der Arbeiter der deutschen Schwerindustrie denken wir unsere Freude über die Zusammengehörigkeit aus, die bei der Arbeiterschaft und dem technischen Personal unserer Betriebe herrscht. Ihr seid weit fortgeschritten. Wenn ihr im gleichen Tempo die Arbeit fortsetzen werdet, wie wir es bei euch beobachten konnten, so werdet ihr einen wahren Aufschwung eurer Wirtschaft erleben. Es lebe die Arbeiterklasse Russlands und Deutschlands!“

Der Betriebsrat der Metallwerke hat die Delegierten, folgende Begrüßung an die deutschen Metallarbeiter zu übermitteln:

„Heute haben eure Delegierten unsere Metallwerke besucht. Sie haben unsere Ertragsverhältnisse kennen gelernt. Aus Gesprächen mit Arbeitern haben sie sich eine genaue Meinung darüber gebildet, wie die Arbeiterschaft in der Stadt Leningrad lebt. Sie haben unsere Produktion gesehen, wie sie nicht gerät, sondern im besten Aufstiege begriffen ist. Sie haben die Meister kennengelernt, die auf ihre Kosten von den Arbeitern selbst gestellt wurden. Sie haben die Wahrheit über die Sowjet-Union erfahren. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß eure Delegation nur die Wahrheit über uns erfahren wird. Wir sind euch dafür, daß ihr eine Delegation nach unserem Arbeiterlande entsendet habt, unendlich dankbar und sind überzeugt, daß der Zusammenschluß zwischen den Arbeitern Deutschlands und der Sowjet-Union immer fester werden wird. Wir hoffen, noch weitere deutsche Arbeiterdelegationen bei uns zu begrüßen, die in unseren Metallwerken wie auch in den anderen Betrieben einen freundschaftlichen Empfang finden werden. Zudem ihr und besuchen werdet, werdet ihr euch überzeugen, daß die Proletarie nicht nur ohne die Bourgeoisie zu leben, sondern auch eine neue sozialistische Wirtschaft aufzubauen versuchen. Es lebe der brüderliche Zusammenschluß der Metallarbeiter Deutschlands und der Sowjet-Union! Es lebe die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung!“

Die deutsche Arbeiterdelegation in der Sitzung des Leningrader Gewerkschaftsrates.

Sonnabend besuchte die deutsche Arbeiterdelegation den Leningrader Gewerkschaftsrat, die Industrieverwaltung des Nord-Ost-Gebietes und verschiedene Kulturinstitutionen. Die politische Kommission untersuchte die Tätigkeit der Partei-Organisationen. Bei der Industrieverwaltung nahmen die Delegierten Einsicht in die statistischen Materialien über das Steigen der Produktion und die Arbeiterzahl der Leningrader Industrie. Sie stellten verschiedene Fragen über das Verhältnis zwischen den Wirtschafts-Organen und den Gewerkschaften, über die Fragen des Exportes und Importes und die Heranziehung des ausländischen Kapitals etc. Mehrere Delegierte wohnten den Sitzungen verschiedener Gewerkschafts-Sektionen bei, studierten die Lohn-Verträge und Tariffrage etc.

Abends fand eine Sitzung des erweiterten Plenums des Leningrader Gewerkschaftsrates, in der Anwesenheit der deutschen und der schwedischen Arbeiterdelegation statt. Der Vorsitzende der deutschen Delegation, Freiburger, begrüßte die schwedische Delegation und erklärte, das Zusammenreffen beider Delegationen sei ein Schritt zur Vertiefung der Gewerkschaftsarbeit.

Im Namen der schwedischen Delegation überreichte Tschilsum dem Leningrader Gewerkschaftsrat ein Banner mit der Aufschrift: „Die schwedischen Arbeiter den revolutionären Kampf Leningrads.“ Ein sozialdemokratisches Mitglied der deutschen Delegation, Lehner, dankte für das Entgegenkommen der russischen Genossen und stellte fest, daß bisher kein Fall vorgekommen ist, wo eine Auskunst verweigert oder die Delegierten beim Studium der Verhältnisse behindert gewesen wären. „Wir verlassen“, erklärte Lehner, „Leningrad in der festen Überzeugung, daß das Leningrader Proletariat Gewaltiges geleistet hat und daß die deutschen Arbeiter seitens der bürgerlichen Presse über die Verhältnisse in der Sowjet-Union schamlos betrogen werden. Wir erklären euch, daß, falls ein Angriff auf die Sowjet-Union vorgenommen werden sollte, es in Deutschland keinen einzigen Betrieb geben wird, der sich nicht zur Wehr eures Arbeiterlandes setzen würde. Wer das Sowjetland am Hals packen wird, wird sich selbst den Hals brechen.“

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion der schwedischen Arbeiterdelegation erklärte Tschilsum, man müsse bei dem russischen Proletariat lernen und ohne die kommunistischen Ansichten zu teilen, Stimme er in den revolutionären Entschlüssen der Leningrader Arbeiterklasse ein.

Nach dem Aben anderer Mitglieder beider Delegationen, die ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Richtung ihre Anerkennung der Leningrader Arbeiterschaft und den Willen zur internationalen Arbeitereinheit ausdrückten, sah das erweiterte Plenum des Leningrader Gewerkschaftsrates eine Resolution, worin unter anderem erklärt wird:

„Die Führer der II. Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereiten in dem gegenwärtigen kritischen Augenblick, wo der Imperialismus aus neue Abenteuer in Marokko und in China unternommen hat und Angriffe auf die Sowjet-Union vorbereitet, einen neuen Verrat an der Arbeiterklasse vor. Sie werden dem einzigen Schritte, der geeignet ist, die Arbeiterschaft vor den immer näher rühenden imperialistischen Gefahren zu schützen, nämlich der Schaffung der internationalen Gewerkschaftseinheit, aus, noch mehr, sie verhindern die Einheit und fordern zum Klassenfrieden mit der Bourgeoisie auf. Dies veranlaßt die Einheitsfrage zur Sache der Arbeitermassen selbst, die zur Einheit über die Köpfe der Führer hinwegschreiten. Die Leningrader Arbeiterschaft glaubt fest, daß die Arbeiter der Bruderdelegationen ebenfalls einen Weg zur Einheit eingeschlagen haben.“

Durch eure Ankunft in der Sowjet-Union veranschlagt ihr den letzten Ring der Kordade, den Ring der Verleumdung. Die Kapitalisten verhindern die Verbindung der Arbeiterschaft ihrer Länder mit der Arbeiterschaft der Sowjet-Republik. Die Tatsache allein, eures Verweilens auf Sowjetboden, ist ein Schlag für den Kapitalismus und ein Schritt zur Befreiung der Arbeiterklasse. Röge euer Besuch, allen Hindernissen zum

Das Eintreten Hindenburgs



hatten sich die deutschnationalen Wähler unter den Kriegs- und Inflationsopfern etwas anders vorgestellt.

Trotz der brüderliche Solidarität der Arbeiter aller Klassen und noch ein Stein im Fundament der internationalen proletarischen Einheit werben

Was die deutsche Delegierten zu Sowjetruß sagen.

Begeisterung sozialdemokratischer Arbeiter.

Die Leningrader „Pravda“ veröffentlichte einen Artikel des deutschen Delegationsmitgliedes Kaschew, worin er u. a. schreibt: „Erst drei Tage sind wir in Leningrad, aber schon jetzt können wir erklären, daß das Gesehene alle unsere Erwartungen übertrifft. Die deutsche Presse mit dem „Vorwärts“ an der Spitze hat Lügenberichte lanciert, als ob wir keine Bewegungsfreiheit besäßen und nicht dasjenige unternehmen würden, was uns interessiert. Nun, wir genießen volle Freiheit und volles Entgegenkommen und wir sehen, daß Rußland ein Arbeiterland geworden ist und daß in einigen Jahren Rußland wirtschaftlich mit dem Ergebnis in den kapitalistischen Ländern mithalten kann.“

Der sozialdemokratische Delegierte Theodor Bieringer schreibt: „Trotz einer gewissen Vorurteilenskomplexität, mit der ich herkam, und trotzdem ich mich nach sehr begünstigter Meinung über das Gesehene gebildet habe, kann ich jetzt schon erklären, daß in Sowjetrußland die Grundbedingungen einer neuen Welt geschaffen worden sind, einer Welt, wo alle Menschen glücklich sein werden. Das Bewußtsein, was wir haben, daß den russischen Arbeitern die Möglichkeit gegeben wurde, Räte zu errichten. Ich bewundere es, mit welcher aufopferungsvollen Liebe das kommunistische Rußland seiner Gesellschaftsordnung ergeben ist. Es lebe der revolutionäre Kampf der russischen Arbeiter!“

In seiner Eigenschaft als Mitglied der politischen Kommission der deutschen Arbeiterdelegation erklärte Oberhagen vor Pressevertretern: „Ich als Sozialdemokrat stelle mich zu allem kritisch ein als andere. Vielleicht werde ich nicht allen angenehm sein. Ich werde diese Fragen stellen in Anbetracht eines gewissen im Ausland beliebigen Skeptizismus gegenüber Sowjetrußland, werde es jedoch für meine Pflicht halten, aus allen Kräften darauf zu bestehen, daß ich für die Wahrheit erkennen werde, in Deutschland zu verteidigen. Ich muß gestehen, daß das Bild des Triumphes der Macht der Arbeiterklasse, das ich hier gesehen habe, auf mich einen gewaltigen Eindruck macht. Trotz einigen Mängeln, die ich bereits festgestellt habe, sehe ich, wie hier eine neue Welt entsteht, wie groß die Ertragsverhältnisse der russischen Arbeiterschaft sind.“

Ein Mitglied der industriellen Kommission der deutschen Arbeiterdelegation, der Metallarbeiter Schmidt aus Nürnberg, erklärte den Pressevertretern: „Unsere Kommission hat sich mit Vertretern verschiedener Industriezweige zusammengepflegt. Wir wollen die Sowjetindustrie mit allen ihren positiven und negativen Seiten studieren, um in der Heimat einen objektiven Bericht über die Bemühungen der Leningrader Arbeiterschaft zu erstatten. Beim Besuch in den Putilowwerken haben wir den Eindruck gewonnen, daß das Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und der Administration, zwischen Betriebsrat, Administration und Arbeiterschaft, ein wahres genossenschaftliches Verhältnis ist. Bei euch sind hier, zum Unterschied zu Deutschland, die Fabrikdirektoren und Ingenieure nicht „Menschen irgendwie besserer Rasse“, sie übergeben sich nicht über die Arbeiter. Bei euch ist alles auf ein Ziel konzentriert: Arbeiten, arbeiten, um die neue Welt aufzubauen. Deshalb ist die Arbeit in der Sowjetunion eine Freude und es freut uns, solche Arbeit anzusehen. Nicht wäre so erwünscht, wie die Schaffung solcher Arbeitsverhältnisse in unserer Heimat.“

Die gewerkschaftliche Kommission der deutschen Arbeiterdelegation besuchte zunächst den Betriebsrat der Putilowwerke. Sämtliche 3 Mitglieder dieser Kommission, Freiburger, Brofs und Palm unterzeichneten im Namen der Delegation: „Nachdem wir die Lage des Rußlands der Putilowwerke kennengelernt und studiert haben, sind wir zur Überzeugung gelangt, daß die Rechte der russischen Betriebsräte um vielfaches weitgehend sind als bei den deutschen. In unserer Abreise wurde uns ein großer Einblick in die Bedeutung und die Macht der russischen Betriebsräte gewährt und unerwartet.“

Die Verteilung der Ausgaben im Staatshaushalte der Sowjetunion.

Die Ausgaben für Landesverteidigung betragen gegenwärtig 17% der Gesamtsumme, während sie zur Jahreszeit 27% betragen.
Die Ausgaben für Verkehrswesen betragen gegenwärtig 25% der Gesamtausgaben, während die Jahreszeitung für diese Zwecke nur 20% aussetzt.
Zur Deckung der Industrie werden gegenwärtig 6% der Gesamtausgaben ausgesetzt, zur Jahreszeit nur 1%.
Die Ausgaben für Landwirtschaft betragen gegenwärtig 8%, zur Jahreszeit weniger als 4%.
Die Ausgaben für Kultur- und soziale Zwecke betragen gegenwärtig 11%, zur Jahreszeit nur etwa 6%.
Die Ausgaben für den Verwaltungsbereich sind gegenüber der Jahreszeit zurückgegangen, (von 23,3% auf 16,7%).
Die Ausgaben für Bergbau von Anfechten betragen zur Jahreszeit 12%, gegenwärtig etwa 5% der Gesamtausgaben.
Die Ausgaben für Meer und Flotte betragen zur Jahreszeit 50 Millionen Rubel jährlich, gegenwärtig 40 Millionen Rubel jährlich.
Die Ausgaben für Bergbau und Flotte betragen zur Jahreszeit 70 Millionen Rubel.

Die Ergebnisse des 10. Parteitag

Von Ernst Scheller

Der Schluss des Parteitages zeigte eine Einheitlichkeit in allen Fragen, die nach den Verhandlungen über den Bericht der Zentrale, über die Organisationsfrage, über die politische Lage und die Aufgaben der Partei nicht an die politische Tagesordnung kamen. Die Widerheit hatte zwar nur genommen Delegierte, sie trat verschiedentlich sehr aggressiv gegen die Zentrale, aber stimmte sie für alle Vorschläge der Zentrale. In diese Opposition befehrt worden? Diesen Einheiten für Tatkraft zu nehmen, wäre leichtsinnig.

Die Rechte — die keinen Delegierten hatten — können die Niederlage von Frankfurt nicht verwunden. Sie hatten damals der neuen Leitung drei Monate gegeben, dann sollte sie abgewirtschaftet haben. Jetzt haben sie wieder drei Jahre — aber sie werden nicht locker sein. Und die Ultra-links — sie fühlen sich unsicher, lassen! Und die Ultra-links über eine Plattform, sie können keinen Kampf gegen die Politik nur in der Verneinung führen. Um ihre Anhänger nicht in Verwirrung bringen zu lassen, lassen sie sich auf positive Vorschläge nicht ein — sie lassen sie sich fürchterlich blamieren müssen. Bei der politischen Aussprache zeigten sich so gefährliche Auswüchse der ultra-linken Abweichungen, daß eine auch gefühlsmäßig der Absehung durch den Parteitag erfolgte.

Gegen rechts und ultra-linken Abweichungen wird die Partei jederzeit — wenn auch verschiedenartig — kämpfen müssen, um sich in diesem Kampf im Leninismus zu festigen. Für die Partei ist die Schwäche der Rechte und Ultra-links kein Zeichen der Bereitschaft für die Partei ersehnten Konsolidierung; sie muß in ihr die Partei sehen, daß die Partei zum Leninismus will, Tatkraft haben, daß die Partei zu verhindern will. Koch hat sie sich für jede Abweichung zu erwehren, noch versteht sie nicht, diese Kräfte zu gebrauchen. Und darauf kommt es an, die Partei muß ihre Entwicklungsmöglichkeiten erkennen und erschöpfen. Der Parteitag hat der Partei die Richtlinien gezeigt, die Partei hat die inneren Parteiausgleichungen so durchgeführt, daß sie weiterbauen kann und muß.

Der Parteitag hat bemerkenswerter Weise in der Gewerkschaftsfrage zum ersten Male in der KPD einen wirklich letzten Willen gezeigt: Der Brief der Gewerkschaften mit 75 Prozent der Aufmerksamkeit der Parteiarbeit! Die Voraussetzung dieser Arbeit ist die Unerschütterlichkeit in der Frage der Gewerkschaften. Der Parteitag hat eine Generalkontrolle über die Zugehörigkeit und die Tätigkeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften beschlossen. Dieser einstimmige Beschluß ist ein Zeichen für die Parteientwicklung: Welche Kämpfe hat es noch vor einem Jahre gegeben! Jetzt ist diese Arbeit fest entschlossen! Sie wird ihre Arbeit durchzuführen verstehen!

Dieser Gewerkschaftsbeschluß stünde allerdings nur auf dem Papier, wenn er nicht durch die übrigen Beschlüsse ergänzt wurde, daß die größte Konzentration der Kräfte auf diese Arbeit gewährleistet wird: Der Beschluß zur Organisationsfrage und zum Parteistatut gibt diese Grundlage und Ergänzung. Umstellung der Partei auf Betriebsebenen, Konzentration der Arbeit in den Betrieben auf die Gewerkschaftsarbeit, Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben: das ist die Hauptaufgabe, die von der Partei gelöst werden muß.

Die Zentrale hat darauf bestanden, daß diese Aufgabe mit aller Energie gefolgt wird. Sie hatte die Diskussion in dieser Frage der Organisation nicht energisch gefördert. Die Diskussion in den Wiener Verhandlungen zeigte große Widerstände gegen die Berücksichtigung des Statuts, gegen die energische Umstellung auf die Betriebe. Der Konsolidations- in Organisationsfragen fand starke Zustimmung. In der Organisationskommission und in den Delegationen ist durch ausführliche Diskussionen und durch viele Verhandlungen das Problem für die Delegationen gelöst worden, daß das Statut trotz verschiedener einschneidender Maßnahmen (Ersetzung des Zentralausschusses durch Parteikonferenz mit geringeren Befugnissen, Bekämpfung der Rechte der Funktionärverammlungen) einstimmig angenommen wurde. Die Schwierigkeiten in der Diskussion haben die Schwäche und Unklarheit der Partei gezeigt, so daß bei der Durchführung des Statuts wahrscheinlich große Hindernisse zu überwinden sein werden.

Der 10. Parteitag, der in der Abstimmung über die Politik der Zentrale, über die politische Resolution und in der Wahl der Leitung die Entscheidungen von Frankfurt erneut bekräftigt hat, ist nicht bei diesen Entscheidungen stehen geblieben: er hat die weiteren

Diese für die nächste Parteikonferenz vorgesehenen, streng politisch, nicht mit großen Worten, sondern nüchtern, „amerikanisch“, nüchtern, kommunistisch, nüchtern werden die Wege gewiesen; mit der auf den Leninismus gegründeten Sicherheit, daß diese Wege die richtigen sind.

Weitere Klärung in den Grundfragen und härtere Erprobung in der Elastizität des Taktik, das ist das eine — und das andere: wirksame, auf dauernde Wirkung berechnete Organisierung der Arbeit der Partei auf Grund der Erfahrungen der gesamten Kommintern und unter Ausnutzung aller Erfahrungen der deutschen Partei. Die KPD hat sich auf die Eroberung der Massen in Zeiten der Flaute für die Organisierung der Revolution eingestellt. Wie die Partei die Aufgaben von Frankfurt verstanden und durchgeführt hat — umso besser wird sie die schwierigen Aufgaben von Berlin zu erfüllen verstehen als Vollstreckung bei der Arbeit unter den Massen — die Massen mit den richtigen Methoden für den revolutionären Machtkampf gewinnen und mobilisieren — allen Liquidatoren und allen Feinden des Proletariats und des Bolschewismus zum Trotz!

Die Antwortnote der deutschen Regierung

Unterwürfige Unterwerfung.

Berlin. Die Note der Luther-Regierung an Briand erklärt die Bereitschaft zu „gegenseitigem Meinungsaustausch“, erhofft ein „positives Ergebnis“ und spricht sich für beschleunigte Verhandlungen über den Sicherheitspakt aus.

Angesichts der ungeheuerlichen Briandnote erhebt die Luther-Regierung einige „Zweifel und Bedenken“, erklärt aber:

Trotz der angebotenen Zweifel und Bedenken glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutende Annäherung der beiderseitigen Anschauungen festgestellt zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantiepakt und durch einen weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein.

Unzweideutiger und offener kann die Bereitschaft zur Erfüllung der grundlegenden Forderungen der Briandnote nicht erklärt werden. Es sind nicht einmal zum Schein ernstliche Vorbehalte und Gegenforderungen erhoben. Die ganze Note bezweckt durchaus den Schacher um die Auslieferung Deutschlands unter die politische Verfügungsgewalt der imperialistischen Westmächte, möglichst glatt verlaufen zu lassen.

Die Luther-Regierung erklärt ausdrücklich, daß sie sich in dieser Note „auf eine allgemeine Weigerung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken wolle.“ Die entscheidenden Punkte (Epigone gegen Sowjetrußland, Kriegsklausel des Völkervertrages, Durchmarschgebiet) sind entweder ganz verschwiegen oder nur unbestimmt angedeutet.

Im einzelnen wird im ersten Abschnitt ausdrücklich erklärt: „Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge.“ Insbesondere werde der Paktabschluß von einer Änderung der Versailles Bestimmungen abhängig gemacht. Das bedeutet, daß die „erste nationale Regierung“ im Zeichen Hindenburgs die Friedensverträge samt den daraus folgenden Sanktionen und Gewaltmaßnahmen feierlich anerkennt und die Ost- und Westgrenzen Deutschlands für unverrückbar erklärt. Es ist also logar, auf die bloße Phrase der „nationalen Befreiung aus der Zwangsjacke“ verzichtet.

Im zweiten Abschnitt werden einige unterwürfige Bedenken erhoben, gegen die vom französischen Imperialismus vorbehaltenen „garantierten Sanktionsrechte“ und gegen die französische Garantie- oder Wächterrolle über das geplante westliche und östliche System von Schiedsverträgen (Schiedsverträge mit Frankreich und Belgien und mit deren Militärverbündeten Polen und Tschechien); die Note erhofft, daß man diese Frage im Völkervertragsinne lösen könne.

Im dritten Abschnitt wird der in der Briandnote geforderte Eintritt in den Völkerverbund rüchlos zugestanden. Die Luther-Regierung ist also bereit, sämtliche Verpflichtungen aus dem Völkervertragsvertrag auf sich zu nehmen. Es wird nur mit Bezug auf die pflichtgemäße Teilnahme am Völkerverbund gegen einen „Störenfried“ in verschwommenen Ausdrücken erklärt, man müsse auf Deutschlands Lage als „entworfener Staat“ Rücksicht nehmen. Es heißt so:

„Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitpanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Die Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen, als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.“

In diesen Sätzen werden logar die früher aufgestellten deutschen Eintrittsbedingungen fast ganz fallen gelassen. Die Luther-

Regierung behält kaum noch, daß sie von der Zustimmung und bedingungslosem Eintritt glatt zu liquidieren bereit ist.

Die Antwortnote der deutschen Regierung wird von den demokratischen wie deutschnationalen Kreise, wie zu erwarten war, durchaus gebilligt.

Die führenden Zeitungen nehmen wie folgt Stellung:

„Kreuzzeitung“: „Wenn man der Note auch nicht in allen Einzelheiten zustimmen wird, so ist auf der anderen Seite doch anzuerkennen, daß sie immerhin die wesentlichsten Vorbehalte zum Ausdruck bringt.“

„Kölnische Volkszeitung“: „Im ganzen stellt die deutsche Note einen miltigen Versuch dar, die nationalpolitischen Massen in Deutschland durch schwindliche, papierne und gedruckte Bedenken zu beschwichtigen, in Wirklichkeit die Wünsche der Ententemächte nachzugeben. Der Sicherheitspakt, der Kriegspakt gegen Sowjetrußland soll schleunigt abgeschlossen werden. Der Versailles Vertrag wird von Hindenburg ausdrücklich anerkannt. Aus den bisherigen Bedingungen für den Eintritt in den Völkerverbund sind harte Bedenken geworden, die auf dem Wege nach Genf sich verflüchtigen. Das preußische Echo von London und Paris beweist am deutlichsten, daß das deutsche Volk von diesem Sicherheitspakt nichts, die Ententemächte aber alles erwarten können.“

Kampf diesem Kriegsplan!
Bündnis mit der Sowjetunion gegen den Raubimperialismus!

„Deutsche Zeitung“ macht zwar noch ein wenig Opposition und hält den Sicherheitsgedanken für falsch und überflüssig, freut sich aber gleichzeitig, daß sie in der Note Gebanten findet, wie sie von ihr ausgesprochen wurden: „Dah von solcher Stelle einmal durch Amtspflicht die Forderung auf Abrüstung der Rheinbundstaaten gestellt und auf die geographische Lage Deutschlands hingewiesen wird...“

„Sozialistischer Pressedienst“: „Alles in allem haben wir von unserem Standpunkt aus gegen die Note nichts wesentliches einzuwenden. Sie scheint uns ein Schritt auf dem Wege zu sein, den wir Sozialdemokraten als erste betreten haben und, der, wie wir hoffen, zu einer wirklichen Befreiung Europas führen wird.“

Dem „Vorwärts“ enthält die Note zu wenig Bereitschaft zur Völkervertrags-Politik: „Die Reichsregierung schreit nach dem Völkerverbund zurück und verhindert damit den geradesten und kürzesten Weg zur Befreiung Europas. Die Note besetzt den weiteren Zusammensturz der nationalen Zwangsjacke.“

Weldentaten der Befreier — Frechheiten der Faschisten

Bohum, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Abzug der französischen Besatzungstruppen wurde von den Faschisten aller Schattierungen, die sich jahrelang nicht herumgewagt hatten, sofort zu einem großen nationalistischen Rummel benutzt, der ihnen allerdings von der Arbeiterklasse gründlich verboten wurde. Das Straßenbild wurde sofort nach der Abmarsch von den Arbeitern beherrscht, die sich in geschlossenen Zügen sammelten. Montag abend um 8 Uhr erfolgte die erste faschistische Provokation. Ein Hotel stieg mit einer schwarz-weiß-roten Fahne. Die Arbeitermassen verlangten sofort Zurückziehung der Wächtertruppe, und als sie gütlich nicht heruntersinken genommen wurde, griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe. Die Arbeiter drangen in das Hotel ein, wobei einige fette Schieber verprügelt wurden. Auch als ein Lebensfallkommando der Schupo eintraf, wichen sie nicht zurück und erzwangen die Befreiung der monarchistischen Farben. Bis in die späten Abendstunden kam es noch zu Zusammenstößen mit der Polizei, die 14 Verhaftungen vornahm. Am Dienstag hat die KPD, erneut zu einer Massenfundgebung gegen die Faschisten aufgerufen. Der Kommandeur der anrückenden Schupo erklärte, er werde sofort auch bei der kleinsten Ansammlung rüchloslos von der Waffe Gebrauch machen. Trotz des Verbots marschierten die Arbeiter in langen Zügen auf dem Marktplatz auf. Unter der Arbeiterklasse herrscht große Empörung über die Befreier. Roter Frontkämpferbund, Roter Jungsturm und Reichsbanner leben trotz Sabotage der Reichsbannerführer Schuller an Schuller in Alarmbereitschaft und sind entschlossen, alle nationalfaschistischen Provokationen, auch wenn sie von der monarchistischen Schupo unterstützt werden, zu unterbrücken.

Witten, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auch hier verdrängen die Faschisten beim Abzug der französischen Besatzungstruppen Kundgebungen. Roter Frontkämpferbund und Reichsbanner haben auch hier gemeinsam sofort die schwarz-weiß-roten Provokateure zum Verschwinden gebracht.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden — Druck: „Gewog“, Hlats Dresden — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Kemmer, Dresden.

DER SWMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Quellen: Übersetzung aus dem von Upton Sinclair bearbeiteten amerikanischen Manuskript des Romans zur Hand. Copyright by Upton Sinclair Verlag 1924. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung, vorbehalten.

(48. Fortsetzung)

Jurgis hätte aufstehen mögen vor übergroßer Groll und Verzweiflung, doch wagte er keinen Laut von sich zu geben, weil er sich so sehr schämte, sich derart verabschiedet zu haben. Spät abends kehrte Elzbieta heim; sie hatte das Geld für eine Messe zusammengebracht, die Messe im voraus bezahlt. Sie brachte auch den Kindern etwas trockenes Brot mit, worauf sich diese ein wenig beruhigten. In alles still war, lehrte sie sich neben Jurgis. Sie sprach kein Wort des Vorwars, schloß die Tränen hinunter; ihnen hatte Angst das Leid aus ihrer Seele vertrieben. Morgen wird sie eines ihrer Kinder begraben, aber sie hat ja schon drei begraben müssen, hat sich dann jedesmal wieder aus dem Schmerz emporgemungen, hat von neuem für die Überlebenden den Kampf aufgenommen. Dies war ihre Natur; sie fragte nicht nach Gerechtigkeit, nicht nach dem Wert eines Lebens, in dem Tod und Vernichtung wart. Und mit diesen trockenen Vernunftgründen wandte sie sich jetzt an Jurgis. Ona ist tot, aber die anderen leben noch, müssen geteilt werden. Sie hat nicht für die eigenen Kinder, für die Frauen sie und Marija sorgen; aber Antanas, Jurgis' Sohn. Ona hat ihm Antanas gelehrt, er ist die einzige Erinnerung, die von ihr zurückbleibt, er muß das Kind hüten und für dieses sorgen, muß sich als Mann erweisen. Er wisse ja, warum Ona ihn erziehen würde, könnte sie zu ihm sprechen. Es ist fürchtbar, daß er so sterben müßte doch war das Leben zu hart für ihn gewesen, deshalb war sie sorgfältig. Und nun hatten sie keinen Cent, die Kinder würden sterben, es muß Geld beschafft werden. Kann er nicht um Onas willen ein Mann sein, sich zusammenschließen? Rafft er sich auf, so werden sie nicht untergehen. Derart stehete Elzbieta mit fieber-

dem Eifer. Für sie war es ein Kampf um Tod oder Leben. Nicht etwa, daß sie fürchtete, Jurgis würde sich dem Trunk ergeben, dazu war kein Geld da, aber sie bedachte vor Angst, er könnte Jomas' Beispiel folgen, sie verlassen, auf die Wandering gehen. Aber wie hätte Jurgis, Onas Leide vor den Augen, einen derartigen Betrug an seinem Sohn zu planen vermocht? Ja, sagte er, er werde sich zusammenschließen, schon morgen nach Arbeit suchen. Sie könnten ihm vertrauen, er werde sein Wort halten, was auch immer geschehen möge.

Am folgenden Tag fand er sich tatsächlich bei Morgengrauen in der Kunstbrennerfabrik ein. Aber der Aufseher schüttelte den Kopf, als er ihn sah, keine Stelle sei länger eingenommen, es gäbe hier keine Arbeit für ihn.

Jurgis blinnte den Mann verwirrt an. „Habe ich meine Arbeit nicht recht gemacht?“

Der Aufseher blinnte ihn kalt an: „Ja, sagte Ihnen ja, daß es hier keine Arbeit für Sie gibt!“

Jurgis ahnte unklar die schauerliche Bedeutung dieser Epigone; schweren Herzens strebte er weiter, stellte sich mit den mühseligen Arbeitslosen an, doch fand er an diesem Tag keine Arbeit, und auch die ganze Woche nicht. Am Ende der Woche begab er sich in Jomas' Konsumfabrik. Einer der Vorarbeiter sprach ihn an: „Können Sie einen Karren schieben?“

„Ja, Herr.“

„Wie heißen Sie?“

„Jurgis Rudkus.“

„Wo haben Sie gearbeitet?“

„In Browns Schlachthaus und Durhams Kunstbrennerfabrik.“

„Weshalb gingen Sie von dort weg?“

„Das erstmal wegen eines Unglücksfalles, das zweitemal, weil ich ins Gefängnis kam.“

„So. Nun, wir wollen es mit Ihnen versuchen. Kommen Sie morgen früh und fragen Sie nach Herrn Thomas.“

Als sich Jurgis am folgenden Tag eine halbe Stunde vor der verabredeten Zeit einfindet, runzelt der Vorarbeiter die Stirn. „Ja habe Ihnen gestern Arbeit versprochen, nicht wahr? Es tut mir leid, ich habe mich geirrt.“

Jurgis blinnte ihn wie betäubt an. „Wie? Weshalb?“

„Nichts, ich kann sie bloß nicht brauchen.“ Die Augen des Vorarbeiters starrten Jurgis mit der gleichen feindseligen Kälte an, wie dies die des Aufsehers getan hatten. Jurgis fühlte, es lohne sich nicht, auch nur noch ein Wort zu verlieren; er wandte sich ab, ging.

In der Kneipe erklärten ihm die Arbeiter die Bedeutung des Vorgefallenen, blinnten ihn mit mitleidigen Augen an: armer Teufel, er steht auf der schwarzen Liste! Was hatte er getan? Seinen Aufseher geschlagen. Gut, Gott, ja, dann durfte er nicht hoffen, Arbeit zu finden. Würde ebenso leicht Bürgermeister von Chicago werden, wie eine Stelle bekommen. Jedes Bureau hatte eine schwarze Liste, kein Name ist nicht nur in Chicago bekannt, sondern auch in St. Louis, New York, Omaha, Boston, Kansas City und St. Joseph. Ohne Prozeß, ohne die Möglichkeit, zu appellieren, ist er verurteilt, wird nie mehr für die Konsumfabriken arbeiten können. Hunderte hatten dies an eigenen Leide erfahren. Man wird ihm keine Erklärung geben; er wird nur immer finden, daß man ihn nirgendwo brauchen könne. Einen anderen Namen zu nennen, würde ihm auch nichts nützen; die Unternehmer hatten ihre Spindel; es lohnte sich für sie, die schwarze Liste zu einem Faktor zu machen; diese bedeutete eine Warnung für die Arbeiter, war ein Mittel gegen Unruhen; legte die Gewerkschaften lahm.

Jurgis brachte diese neue böse Nachricht beim in Badington gab es Maß Konsumfabriken; daß sein Name auf der schwarzen Liste stand, war gleichbedeutend mit einer Verurteilung aus dem Bierel. Er und die beiden Frauen herieten einen ganzen Tag und noch die halbe Nacht hindurch. Freilich wäre es sinnlos, der Kneipe wegen, bequemer, im unteren Stadtteil zu wohnen, aber, seit es aber war Marija fast gesund, hoffte, in den Schlachthäusern Arbeit zu finden; auch wollte sie ihren Geliebten nicht ganz verlassen, wenngleich sie ihn jetzt kaum einmal monatlich zu Gesicht bekam. Außerdem sollte Elzbieta Schenkerarbeit zu bekommen.

(Fortsetzung folgt)

Versammlungskalender

III. Dresden
Funktionärsversammlung
 in Grob-Dresden Dienstag, den 28. Juli 1925, abends 7.30 Uhr, im „Körnergarten“. Bericht vom Reichsparteitag.

Abteilung U. G. Ritzsch-Bekker. Freitag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Schönfelder. Ritzsche, große öffentliche Versammlung. Der Kampf um Lohn und Brot, Ref. Stadt- und Kreisrat. Jeder Genosse muß unbedingt erscheinen. **U. G. Zeitung.**

Abteilung U. G. Dresden-Deuben. Arbeitgebiets-Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 25. Juli, im unteren Teil des Schulhofes. Beginn 8 Uhr abends. Referent Genosse Dr. Dehm. Thema: Grundlage des Kommunismus und Programm der 3. Internationale. Die Ortsgruppen müssen rechtzeitig abmarschieren, um zur festgesetzten Zeit in Lokwig zu sein.

Abteilung (Arbeitgebiets) Dresden-Zentrum. Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, im Schulhof, Hegelstraße. Mitgliederversammlung. Bericht vom Parteitag. Sämtliche Zellengruppenversammlungen haben auszufallen.

ABD. Zellengruppe Zentrum 2. Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Barrischen Krone“ Neumarkt. Referat: Krieg dem imperialistischen Kriege. Ausgabe der Mitgliederbücher.

5. und 6. Zellengruppe Colla. Sonnabend, den 25. Juli, wichtige Gruppen-Versammlung. Punkt 8 Uhr im Luisenbad Colla. Interessanter Vortrag für Genossen und Genossinnen. Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet die Leitung.

Zellengruppe Witzsch. Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Zur Quelle“ Mitgliederversammlung mit Referat.

AB. Süd-West. Freitag, abends 8 Uhr, im „Nordhof“, Klopstockstraße, Ecke Unterbacher Straße. Vortrag: Der Bauernkrieg.

Stichtag des Reichs-O. Parteitag-Mitgliederversammlung am Donnerstag den 28. Juli, abends 8 Uhr im Restaurant „Schönfelder“ (Körnergarten). Alle Genossen und Genossinnen haben zu erscheinen.

Direkt West-Nord-West. Freitag, den 24. Juli, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im „Hindenburg“, Eintragsplatz. Referent: Paul Richter.

AB. Pirna
ABD. Direkt Ost. Freitag den 24. Juli, abends 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im „Besenfelder“. Alles muß erscheinen.

AB. Oberlausitz
ABD. Arbeitgebiets 5. Ostritz. Mitgliederversammlung Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr im Gasthaus „Zum grünen Baum“, Ostritz. Tagesordnung: 1. Berichte der Ortsgruppen über Abrechnung, Mitgliederstand, Zeitungen, Kasse, Hilfe usw. 2. Bericht vom außerordentlichen Parteitag Freitag, den 24. Juli, in Jittau. 3. Organisations- und Bericht von der 3. Konferenz in Jittau. 4. Verschiedenes. Die Ortsgruppenvorsitzenden haben für vollständiges Erscheinen Sorge zu tragen.

Büchsenwerbe. Donnerstag, den 23. Juli, ABD-Versammlung in Kammenau. Wichtige Tagesordnung.

Büchsenwerbe. Freitag, den 24. Juli, ABD-Versammlung in Temitz. Wichtige Tagesordnung.

Auf nach Bautzen!
 Am 26. Juli, 10 Uhr vormittags findet in Bautzen auf dem Forum öffentliche Versammlung und Demonstration statt. Alle Ortsgruppen des AB. Bautzen haben 9.45 auf dem Kornmarkt zu erscheinen.

AB. Ebersbach. Sonnabend, den 25. Juli, abends 7 Uhr, im „Sportplatz“ in Ebersbach, Senftenhain. Keltisches Erscheinen der in Frage kommenden Genossen wird erwartet.

AB. Dresden
ABD. Freitag, den 24. Juli, abends 8 Uhr: Versammlung in der „Lokomotive“. Pünktlich erscheinen ist Pflicht. (Wahrscheinlich ist es eine Veranstaltung vom Zentrum. Einlöser wird ersucht, Anzeigen genauer zu schreiben.)

ABD. Abteilung. Am Donnerstag den 23. Juli: Gemeinamer Kusmarsh mit der Ortsgruppe Langebrück nach Leppersdorf. Sieben 7.15 Bahnhof. Abmarsch Punkt 7.30 Uhr. Bringten!

AB. Freitag
Notes Arbeitgebiets-Ost. Ortsgruppe Witzsch. Freitag, den 24. Juli, 8 Uhr pünktlich: Zusammenkunft. Sehr wichtig. Alle Kameraden müssen diesmal unbedingt erscheinen. **Brüder! Sympathisierende mit. Total Rechlos.**

AB. Bautzen. Sonnabend, den 25. Juli, abends 7.30 Uhr: Versammlung im Amielgrund. Gäste willkommen.

AB. Pirna
ABD. Ortsgruppe Pirna. Sonnabend, den 25. Juli, abends 7.30 Uhr: Versammlung. Mitglieder der ABD. sind besonders aufgefordert, bei uns zu erscheinen.

AB. Oberlausitz
Kameraden nach Bautzen!
 Alle Ortsgruppen der AB. Bautzen am 26. Juli, vormittags 9.45 Uhr nach dem Kornmarkt, Bautzen, zur öffentlichen Versammlung und Demonstration.

Freiwilliger von Freitag und Samstag. Die Teilnehmer am Waldfest des Bezirks Tenitz-Schöna werden nach einmal botanisch aufmerksamer gemacht, pünktlich Sonnabend 1.45 Uhr am Hainberger Bahnhof zu sein. Sonntagsfrühstarte bis Ripsdorf mit den Schildeberger Genossen. Zur Vorloge muß jeder Teilnehmer einen Ausweis (Einwohnerchein oder Kopp) bei sich führen. Freiheitsabzeichen anlegen. Der Vorstand.

Gemeinschaft proletarischer Freiheiten, Ortsgruppe Eintragsplatz. Teilnehmer am Waldfest in der Tenitz-Schöna treffen sich Sonnabend 1.45 Uhr Bahnhof Hainberg. Jeder 100 Sonntagstarte bis Ripsdorf, fahren aber mit bis Schöna.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein Deuben hält am 26. Juli seine am 11. Juli geplante „Jubiläumliche Nacht“ ab, unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Vorwärts“, abends 7 Uhr, Gasthof Deuben. Zahlreiche Teilnehmer erwünscht.

Ämliche Bekanntmachung
Freital
 Der III. Nachtrag zu dem Ording über die Aufstellung und Nachprüfung der Beamten, Streckenwärter und bauernd Angehörigen der Stadt Freital vom 22. Januar 1922 ist von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden. Der Nachtrag liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang im Rathaus — Hauptkassier — aus. Hat der Stadt Freital, am 20. Juli 1925.

Hiermit die traurige Nachricht, daß heute morgen 7 Uhr nach langem schweren Leiden meine liebe Gattin, unsere liebe Mutter

Anna Schorn

im Alter von 46 Jahren und 4 Monaten entschlafen ist.

Der Herrmann Gatte Oswald Schorn und Kinder

Dresden und New York den 22. 7. 25.

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 25. 7. nachm. 1/5 Uhr im Krematorium Tolkewitz statt.

ABD. Bezirk Striesen
 Heute morgen 7 Uhr besetzte nach langer schwerer Epileptikerkrankheit unsere liebe Genossin

Anna Schorn

im Alter von 46 Jahren ihres Lebensbahn. Durch ihr rastloses Mitarbeiten in der vordersten Front hat sie sich selbst einen Demenz in der proletarischen Bewegung geschaffen. Als anerkanntes Vorbild wird sie für uns stets bestehen.

Einäscherung Sonnabend, 1/5 Uhr nachm., im Krematorium Tolkewitz. Sämtliche Parteigenossen und Genossen sammeln 4 Uhr nachm. in der Tolkewitz.

Gemeinschaft proletarischer Freiheiten
 Ortsgruppe Dresden-Striesen

Den Genossen zur Kenntnis, daß am 29. Juli die Genossin

Anna Schorn

bestorben ist.

Die Einäscherung erfolgt Sonnabend, den 26. 7. nachm. 1/5 Uhr. Die Mitglieder werden gebeten, sich zum letzten Geleit recht zahlreich einzufinden.

Die Gruppenleitung.

Gemeinschaft prol. Freiheiten, Gruppe Löbtau

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Genossin

Martha Stohr

Döblicher Straße 171, am Dienstag, den 21. VII. 1925 verstorben ist. Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 24. VII. 1925 nachmittags 1/5 Uhr im Krematorium in Tolkewitz. Die Mitglieder werden gebeten, sich rechtzeitig zu beteiligen.

Die Verwaltung.

Motorräder
 Deutsche Standard 1,5/7 Ps. Höchstgeschwindigkeit, Kupplung und Kettenträger. Auch auf Teilzahlung.

ANZEIGEN
 haben den besten Erfolg in der ARBEITERSTIMME

Theater am Hasenplanz

Wegen Umbau bis auf weiteres geschlossen!

Tymians Täglich
Das Thalia-8 Uhr
 einziges Theater
 wirkliche Theater
 Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Lebensmittelhaus Hamann
 Frontal-Pa., Turner, Ecke Dresdener Straße
 Tel. 144 empfiehlt

sämtliche Lebensmittel sowie prima hausschlachtene Wurstwaren

DAS BESTE



Schmelzer
 DRESDEN
 ZIEGELSTR. 19

Das geschickteste Einwickeln von Ledern und Umlage empfiehlt die besten erfindungsreichen Fahrradereignisse. Ersatzteile, Lampen u. sonstigen Zubehörsachen aller Art zu billigsten Preisen. sowie Nähmaschinen, Fahrräder, Motorräder nach Wunsch.

Geführt werden nur gute und erprobte Marken **Hänel, Arlos, Nähmaschinen, Normanno**

Reparaturen werden sofort ausgeführt. Emailieren u. Vernickeln auf Wunsch in 10 Tagen.

Fritz Groschopp, Mechaniker
 Meißner-Süd
 Gabelberger Straße 2, direkt am Haltepunkt

20%
 auf Übergangs- u. Sommerurlaub
Spulit
 Freital-Pa.
 Tel. Dresd. Nr. 70

insertiert in der Arbeiterstimme

Fahrräder Nähmaschinen
 erstkl. Marken empfiehlt **Richard NOACK**
 PIRNA
 Braunsstraße 8 gegenüber Lädenhof

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsbüro Dresden
Jugendabteilung

Sonntag, den 2. August 1925 findet in der Metallindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge eine **Besichtigung des Zoologischen Gartens** statt. Eintritt frei. Eintrittsliste sind im Verbandsbüro, Schützenplatz 20, II. unentgeltlich zu haben.

Die Jugendleitung.

Arbeiter, kauft eure Kleidungsstücke nur in der **Löbtauer Volksbekleidung**
 Kesselsdorfer Straße 12

Bekanntmachung!
 In meinem diesjährigen **Saison-Ausverkauf** bis 31. Juli erhalten Sie alle Waren zu bis jetzt noch nie dagewesenen Preisen. Deshalb sollte niemand diese Tage zwecklos vorbeigehen lassen.

Darum am 27.

27 J. PIMSLER 27
 Dresden-A. Landhausstraße

nächst d. Pirnaischen Sämtliche Straßenbahnlinien

Angebote:

Anzüge	Hosen
Serie I 15.- M. Serie I 12.00 M.	Serie I 10.- M. Serie I 8.- M.
Serie II 20.- M. Serie II 15.- M.	Serie II 15.- M. Serie II 10.- M.
Serie III 25.- M. Serie III 20.- M.	Serie III 20.- M. Serie III 15.- M.
1 Posten mod. Mäntel von 10.- M. an	1 Posten Sportanzüge von 10.- M. an
1 Posten Gummihosen von 10.- M. an	1 Posten Windjacken von 10.- M. an
1 Posten Kniehosen von 10.- M. an	

Kauft nur bei unseren Inserierten

Platte elektrisch
 koche elektrisch mit Tauchsieder

Beste Bezugsquelle
Eitwerk Meißen

Um zwanglose Besichtigung wird gebeten

Gaswerk Meißen

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Beleuchtungskörper, Heizapparate, Gaskocher, -Öfen usw.

Um zwanglose Besichtigung wird gebeten!

Dippoldiswalde
CARL HEYNER
 FERNRUUF 118
 Spezialhaus ersten Ranges für Fleisch- und Käswaren, Werkzeuge, landwirtschaftliche Geräte, Tisch- u. Bettzeug

Otto Taubert
 Obereisdorf

Fleischermeister
 Kurt Schreiber
 empfiehlt seine preiswerten Fleisch- und Wurstwaren